

# Forderungen und Ideen an/für die Stadt Duisburg

## Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung
2. Grünflächen
3. Öffentliche Plätze
  1. Arbeit an Schulen
4. Verkehr
  1. Problemstellen für Fahrradfahrer
  2. Fahrradfahren attraktiver machen
  3. Autofahren unattraktiver machen
  4. ÖPNV
5. Energiepolitik
6. Bürgerbeteiligung
7. Sonstiges

## Einleitung

„Der Klimawandel ist die größte Bedrohung der Weltgesundheit im 21. Jahrhundert“

So lautet das Fazit eines Übersichtsartikels weltweit führender Experten zu Fragen von Klimawandel und Gesundheit, zitiert nach Hans Joachim Schellnhuber: Selbstverbrennung (2015), S. 395. Der Weltklimarat IPCC prognostiziert eine globale Erwärmung von 1,5°C im Vergleich zu vorindustrieller Zeit zwischen 2030 und 2052. Und auch wenn Zweiteres doch noch weit weg erscheint, ist unsere Generation dann erst 50 Jahre alt.

Durch das Schmelzen der Polkappen, wird der Meeresspiegel immens ansteigen. Duisburg liegt mit 33 m ü. NN noch sicher über dem Meeresspiegel, doch wären schon bei einem Anstieg von einem Meter über 1,5 Millionen Deutsche und über 5 Millionen Niederländer gefährdet, von den Bewohnern Palaus, der Fidschi-Inseln, der Marshallinseln, etc. ganz zu schweigen.

Doch nicht nur der Anstieg des Meeresspiegels, sondern auch die zunehmende Desertifikation und die Luftverschmutzung (z.B. durch Feinstaub) gefährden die Gesundheit der Bürger und die Stabilität unserer Gesellschaft, sowie die Artenvielfalt, die Balance des Ökosystems und vieles mehr immens.

Deshalb protestiert Fridays for Future international, um Aufmerksamkeit auf diese Themen zu lenken.

Im Folgenden wird die Ortsgruppe Duisburg Forderungen an die Stadt Duisburg formulieren und Ideen zur Umsetzung der Forderungen vorschlagen. Diese sind noch nicht ausgereift und stellen natürlich nicht die Lösung schlechthin dar; sie umzusetzen wäre jedoch ein guter Anfang. Falls bei der Umsetzung der Ideen Hilfe benötigt wird, erklärt sich die Ortsgruppe Duisburg gerne bereit zu helfen

# Grünflächen

Forderungen:

- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung
- Erhaltung bestehender Grünflächen und Freiflächen
- Schaffung neuer Grünflächen (z.B. Parkplätze zu Grünflächen)
- Vorgärten und Gärten sollen nicht versiegelt werden, sondern Bäume und andere Pflanzen beherbergen
- Einrichtung eines Umweltdezernates
- Abbau unnötiger klimafeindlicher Regularien

Die Baumschutzsatzung beschrieb von 1991 bis 2016 die Voraussetzungen unter welchen eine Privatperson einen Baum in ihrem Besitz fällen durfte. Seit dem 1.1.2016 ist die Baumschutzsatzung außer Kraft gesetzt worden, was darin resultiert, dass jede Privatperson ihre Bäume fällen darf. Seitdem wurden schätzungsweise 3 000 Bäume gefällt. Da Bäume aber nicht nur ein Besitz einer Privatperson darstellen, sondern auch der Öffentlichkeit einen großen Dienst erweisen, da sie Artenvielfalt garantieren (rund 6 700 Arten sind in Deutschland auf Bäume angewiesen), Sauerstoff produzieren (ein kleiner Baum produziert genug Sauerstoff für 5-10 Menschen), als Kohlenstoffspeicher, als Schutz vor Erosion sowie als Staubfilter dienen (bis zu 300kg/Jahr), haben durch Kühlung und Verdunstung einen positiven Effekt auf das Mikroklima und haben positive mentale Effekte auf Menschen. Durch das Abholzen der 3 000 privaten Bäume wird für 15 000 Menschen kein Sauerstoff mehr produziert und knapp 1 000 000 kg Staub werden nicht mehr aus der Luft gefiltert. Daher muss eine Baumschutzsatzung wieder eingeführt werden, sodass wir all diese positiven Effekte noch in der Zukunft genießen können.

Grün- und Freiflächen haben ebenfalls viele der oben genannten Effekte. Zusätzlich sorgen sie für Grundwasserregeneration, die Erzeugung von Kaltluft und dienen als Erholungsraum. Durch die Bebauung von Freiflächen werden Luftkorridore, welche für das Mikroklima sehr wichtig sind, vermindert oder gar zerstört. Ein gutes Beispiel ist der Wald am Rhein-Herne-Kanal, für welchen eine Bebauung vorgesehen war. Doch aufgrund seiner wichtigen Funktion in der Frischluftschneise wurde die Bebauung verhindert. Wir fordern, dass alle Grün- und Freiflächen erhalten werden.

Die Erhaltung bestehender Grünflächen wird aber nicht genug sein. Eine Schaffung neuer Grünflächen hätte - wie oben zu sehen – viele positive Effekte. Vor allem die Kaltluftproduktion ist wichtig, da Duisburg eine der wärmsten Städte NRWs ist. Wir fordern, dass Parkplätze zu Grünflächen umgestaltet werden. Ein guter Platz, um dies durchzusetzen wäre der Parkplatz am Ludgeriplatz.

Gärten und Vorgärten haben Potenzial positive Effekte auf das Mikroklima zu haben. Alles, was es bräuchte wäre eine Verordnung, die besagt, dass man nur einen bestimmten Prozentsatz des Vorgartens versiegeln darf. Wir fordern maximal 50% versiegelte Fläche im Vorgarten und maximal 35% versiegelte Fläche im Garten.

Das Umweltamt ist momentan der Stadtplanung untergeordnet, welches sich hauptsächlich auf das Bauen fokussiert. Ein Umweltdezernat würde sich auf nachhaltige ökologische Politik fokussieren, was für die Zukunftsfähigkeit Duisburgs wichtig ist. Deshalb fordern wir ein Umweltdezernat.

Unnötige Regularien halten Bürger davon ab klimafreundlich zu leben. Konkret ist der Denkmalschutz zu nennen. Es darf weder eine gescheite Dämmung eingebaut werden noch dürfen Solarpaneele auf dem Dach montiert werden. Wir fordern ein Abschaffung dieser Regularien, sodass die Bürger sich aktiv am Klimaschutz beteiligen können.

## Öffentliche Plätze

Unsere Forderungen sind:

1. Das Aufstellen von Mülleimern an öffentlichen Plätzen. Diese sollten die Möglichkeit bieten den Müll zu trennen, wie es beispielsweise im Forum schon der Fall ist.
2. Extra „Mülleimer“ für Zigarettenstummel und Kaugummis, damit auch diese nicht achtlos auf den Boden geworfen werden.
3. Die Installation von Frischwasserbrunnen an viel besuchten Plätzen, damit sich der Kauf von Plastikflaschen vermeiden lässt. Diese können dann z.B. benutzt werden um Mehrwegflaschen wieder aufzufüllen. Dieses System ist beispielsweise in Wien und Rom sehr verbreitet und auch erfolgreich.
4. Die Attraktivität von öffentlichen Plätzen zu erhöhen, indem man mehr Grünflächen integriert. Dieser Punkt kann zusätzlich die Luftqualität in Duisburg verbessern.
5. Müllsammeln als Strafe und striktere Kontrollen bei Missachtung der oberen Punkte. (Bsp.: Prag -> sauberere Straßen)

## Arbeit an Schulen

Die Schulen sollen – wie die öffentlichen Plätze – ökologisch sinnvoll ausgestattet werden. Außerdem soll die Stadt die Schulen dazu auffordern vegetarisches Mensaessen anzubieten und Aufklärung (Folgen des Fleischkonsums, Werbung für Duisburg.Grün) und Mülltrennung zu betreiben, da diese das anscheinend nicht von selbst tun.

## Verkehr

Wir fordern ein neues Verkehrskonzept, welches auf den ÖPNV, das Fahrrad und den Fußverkehr setzt. Das jetzige, welches auf den MIV setzt ist nicht zukunftstauglich.

## Radfahren Attraktiver Machen

Wir möchten das Radfahren attraktiver machen, da es eine Umweltfreundliche Alternative bspw. zum Auto ist.

Um Radfahren attraktiver zu machen, würden wir Vorschlagen die Infrastruktur, hinsichtlich der Radwege zu verbessern.

Dazu müssen die Radwege breiter werden und die Oberfläche muss verbessert werden, sodass es einfacher und angenehmer zu fahren ist. Außerdem sollte die Führung an Baustellen besser ausgearbeitet werden, da dies ein hohes Unfallpotential bietet.

Im Allgemeinen möchten wir das Unfallrisiko für die Fahrradfahrer senken und aus diesem Grund schlagen wir den Bau von Schnell Radwegen vor die Fahrtunterbrechungen durch Ampeln oder Kreuzungen vermeiden.

Ein weiterer Punkt dazu wäre „protected bike lanes“ einzuführen. Dies sind Radwege die mit baulichem Schutz wie bspw. Plastik Pylonen von der Straße abgetrennt sind. Dadurch wird das Sicherheitsgefühl der Bürger gesteigert und das Radfahren wird wieder attraktiver. Des weiteren möchten wir verhindern, dass Autos auf Radwegen parken wenn „protected bike lanes“ nicht möglich wären und nur die Fahrradwege ausgebessert werden können und fordern damit wir eine Geldstrafe für die jeweiligen Autofahrer, da dies ein hohes Unfalls- und Verletzungsrisiko darstellt. Abschließend ist es wichtig zu erwähnen das mehr und außerdem sichere Abstellplätze wie

Fahrradhäuser angeboten werden sollen.

Fahrradfahrer sollten außerdem die Busspur benutzen dürfen.

Außerdem sollte das Mobilitäts Bewusstsein für das Radfahren steigen, deswegen schlagen wir vor Projektstage an diversen Schulen durchzuführen oder mit Werbung dies zu steigern.

Aufgrund der derzeitigen Gefährlichkeit solle es eine Info-Kampagne zur Fahrradsicherheit geben. Zusätzlich sollten Problem- und Gefahrenstellen auf Fahrradwegen behoben werden.

## Autofahren unattraktiver machen

Die Umsetzung dieser Forderung muss mit einer enormen Steigerung der Attraktivität von ÖPNV und Radverkehr einhergehen.

Warum wir diese Forderung stellen:

- Kosten müssen für den Verbraucher sichtbarer gemacht werden (Vergleich: Busticket kaufen bedeutet bewusst Geld ausgeben, Autofahren bedeutet nur **versteckte Kosten**, nicht pro Fahrt)
- **Gesellschaftliche Kosten** müssen auf die Verursacher umgelegt werden
- **Elektroautos** können **nicht** die Lösung sein (Aufwändige Herstellung, knappe Rohstoffe, woher soll der Strom kommen?)
- **Flächenverbrauch** durch Autos (v.a. durch Parkplätze)

Ansätze:

- **Geschwindigkeitsbeschränkungen**
  - Fahrzeiten erhöhen und so Alternativen attraktiver machen
  - Verkehr gleichzeitig für Radfahrer und Fußgänger sicherer machen
- **Fußgängerzonen** erweitern (z.B. vor allen Schulen)
  - Kampf gegen „Elterntaxis“ (fördert nebenbei Selbstständigkeit der Schüler)
  - Schutz von jüngeren Schülern vor Verkehrsunfällen
  - angenehmeres Erscheinungsbild der Stadt, erhöhte Aufenthaltsqualität
- weniger **Parkplätze**
  - entstehende Flächen für Grünflächen, Fuß- und Radwege □ angenehmeres Erscheinungsbild der Stadt, Aufenthaltsqualität erhöht
- **Parkgebühren** erhöhen
  - am besten in Übereinstimmung mit anderen Kommunen um längeren Fahrten dorthin vorzubeugen (v.a. CentrO! Wenig gewonnen, wenn Kunden statt in die Duisburger Innenstadt bis nach Oberhausen fahren.)
- **Fahrverbote**
  - nicht nur Diesel. Umweltzone existiert schon in Duisburg (Ausweitung auf Walsum, Baerl, Großenbaum möglich?)

Weitere Ideen:

- **Citymaut/ „Staugebühr“** (idealerweise für Ruhrgebietsstädte gemeinsam)
  - Beispielstädte: London, Stockholm (nachdem die Bevölkerung dieser Maßnahme erst kritisch gegenüberstand, befürworteten mittlerweile 70% der Bevölkerung die Citymaut<sup>1</sup>), ...
  - Vorteile:
    - Klimaschutz durch verringertes **Verkehrsaufkommen** insgesamt, nebenbei Verbesserung der Luftqualität in der Stadt
    - verringertes **Staurisiko**
    - **Geld für ÖPNV-Ausbau, Radwege etc.**

## ÖPNV

Der ÖPNV muss besser werden um als ernsthafte Alternative zum MIV angesehen werden zu können. Diese Verbesserungen müssen auf drei Bereichen erzielt werden.

1. Wir fordern einen kostenlosen ÖPNV, da dieser sozial schwachen Haushalten hilft und der ÖPNV eine echte Alternative zum Auto werden würde
2. Man muss jeden Ort zu jeder Zeit erreichen können
3. Die Geschwindigkeit des ÖPNVs muss sich verbessern

Ansätze um diese Herausforderungen zu meistern sind:

- Unterstützung durch Bund und Länder
- Parkgebühren erhöhen statt Ticketpreise
- integrierte und abgestimmte Konzepte für die Bepreisung städtischer Mobilität (Nahverkehr, Parkgebühren, Taxiverkehr, car-sharing)

## Energiepolitik

Die Fernwärme ist sehr effizient und sollte weiter wie bisher erzeugt werden. Die Kraftwerke, die dazu nicht gebraucht werden sollen abgeschafft werden und durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Da die Stadt Duisburg Anteile an RWE besitzt, soll sie diese nutzen um Druck auf den Konzern auszuüben, sodass sich dieser mehr auf erneuerbare Energien fokussiert.

## Bürgerbeteiligung

Viele Bürger wollen helfen, wissen aber nicht wie. Wir schlagen vor, dass die Stadt Seminare anbietet, wie man klima- und umweltfreundlich lebt. Gute Seminarthemen sind: Ernährung, energiesparendes Wohnen und Müllvermeidung.

---

<sup>1</sup>Interview mit Jonas Eliasson, Direktor des Zentrums für Verkehrsstudien an der Königlich Technischen Hochschule (KTH) <https://www.zeit.de/auto/2013-03/citymaut-stockholm-2> am 25.02.19

## Sonstiges

Viele Leute müssen pendeln um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Da sie das meistens mit dem Auto tun, hat das einen negativen Effekt auf da Klima. Daher wollen wir eine Mietpreisbremse, da diese den Menschen erlaubt dort zu wohnen, wo sie arbeiten.